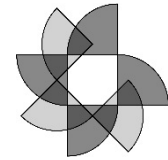


Wider den Rechtspopulismus – die Diözesanversammlung des Bistums Limburg nimmt Stellung



Die Diözesanversammlung des Bistums Limburg stellt besorgt fest, dass spätestens seit den Wahlerfolgen der AfD ausgrenzende bzw. diskriminierende Positionen wieder gesellschaftsfähig geworden sind. Zudem nimmt politisch motivierte Gewalt in Deutschland stark zu. Offenbar erinnern wir uns nicht mehr genug der dunklen Momente unserer Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Diözesanversammlung warnt deshalb vor einer Spaltung der Gesellschaft durch Rechtspopulismus.

Unsere Position fußt auf dem christlichen Menschenbild, dem Grundgesetz und damit der Überzeugung, dass alle Menschen die gleiche Würde haben und dass diese Würde zu schützen ist. Wir können uns nicht auf Gott berufen, wenn wir Menschen, die nach Gottes Ebenbild geschaffen sind, die geschwisterliche Haltung verweigern: Wer nicht liebt, kennt Gott nicht (1Joh 4,8).¹ Als Katholikinnen und Katholiken sehen wir in einer pluralen, multinationalen, auf Toleranz und gegenseitigem Respekt basierenden Gesellschaft keine Gefahr, sondern eine bereichernde Herausforderung. Als Mitglieder einer weltumspannenden Gemeinschaft sind wir gegen Nationalismus und jede Politik der nationalen Abschottung. Ein Deutschland, in dem Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung, Religion oder ihres Geschlechts abgelehnt oder entwertet werden, darf es nie wieder geben. Wir wehren uns dagegen, dass der Begriff des „Christlichen“ für politische Zwecke populistisch instrumentalisiert wird: „Jede Form einer Diskriminierung in den gesellschaftlichen und kulturellen Grundrechten der Person, sei es wegen des Geschlechts oder der Rasse, der Farbe, der gesellschaftlichen Stellung, der Sprache oder der Religion, muß überwunden und beseitigt werden, da sie dem Plan Gottes widerspricht.“²

Die Diözesanversammlung setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche und politische Fragen in einem offenen, respektvollen Klima besprochen werden. Sie verurteilt aufs Schärfste die als Angst deklarierte Fremdenfeindlichkeit, die von Seiten vorgeblich besorgter Bürgerinnen und Bürger geäußert wird. Dieser darf weder Verständnis entgegengebracht noch eine Bühne geboten werden. Jede Instrumentalisierung von Ängsten lehnt die Diözesanversammlung entschieden ab.

Die Hilfe für Menschen in Not ist für Christinnen und Christen keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit. Komplexe Fragenstellungen können nicht mit diskriminierenden Parolen beantwortet werden. Es bedarf einer offenen, konstruktiven Debatte unter Wahrung des Respekts gegenüber allen Beteiligten. Dazu gehört für die Diözesanversammlung auch, dass Andersdenkende, Politiker und Politikerinnen sowie Medienschaffende nicht zu Feinden stilisiert und bedroht werden. Wir fordern, dass man miteinander im Gespräch bleibt, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Rechtspopulismus ist mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und dem Grundrecht der Menschenwürde nicht vereinbar. Die Rechtspopulistinnen und -populisten schüren Neid und Missgunst, indem sie die Ärmsten der Armen unserer Welt verunglimpfen und die Ursachen für soziale Probleme in unserem Land auf diese Gruppe projizieren. Da Sorgen und Verunsicherungen zunehmen, müssen diese ernstgenommen werden: Befürchtungen von Menschen in tatsächlich prekären Lebenslagen nehmen wir gerade dadurch ernst, indem wir ökonomischen Entsolidarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft prinzipiell entgegenwirken und uns für eine gerechtere und transparente Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme einsetzen.³ Entsprechend

¹ Vgl. Nostra Aetate 5.

² Gaudium et spes 29.

³ „Wir widersprechen – weil wir glauben!“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung am 23.04.2016, S. 1-2.

fordert die Diözesanversammlung eine Politik, die sich nicht von einem möglichen Verlust von Wählerstimmen ins Wanken bringen lässt, sondern die sich der verschiedenen Problemfelder und ihrer Ursachen ernsthaft und ganzheitlich annimmt. Dazu gehört auch, die Augen nicht vor den Problemen der Welt zu verschließen.

Die Diözesanversammlung begrüßt die Aussagen unseres Bischofs Georg für eine weltpolitische Verantwortung staatlichen Handelns. Wir bestärken die Bezirke und Pfarreien im Bistum Limburg, den notwendigen Dialog vor Ort zu führen⁴ und sich so für eine offene, pluralistische und freie Gesellschaft und damit gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung einzusetzen. Wir fordern faktenbasierte und lösungsorientierte Debatten in der Gesellschaft, der Politik und der Kirche über die sozialen Herausforderungen in unserem Land. Wir sind davon überzeugt, dass wir diese Herausforderung mit Gottes Hilfe gemeinsam bewältigen können.



Limburg, den 12. November 2016

⁴ Die Diözesanversammlung verweist auf die BDKJ-Aktion „Zukunftszeit: Gemeinsam für ein buntes Land“ und die Beschlüsse „Wir widersprechen - weil wir glauben“ und „Von der Willkommenskultur zur Integration – Widerstand gegen Menschenfeindlichkeit“.